

Bekanntmachung

über die Aufhebung des Verbots des Vorverkaufs von Erbsen, Bohnen und Linsen aus der Ernte des Jahres 1915.

Vom 16. September 1915.

Auf Grund von § 4 Abs. 2 der Verordnung über das Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1915 und des Vorverkaufs von Zucker vom 17. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 341) bestimme ich:

Kaufverträge über Erbsen, Bohnen und Linsen aus der inländischen Ernte des Jahres 1915 dürfen vom Tage der Verkündung dieser Bekanntmachung an abgeschlossen werden.

Die Bestimmungen der Bekanntmachung über den Verkehr mit Hülfsfrüchten vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 520) werden hierdurch nicht berührt.

Berlin, den 16. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11, 12 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1915/16 vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) bestimme ich:

I. Verteilungsstelle für Rohzucker.

§ 1. Als Verteilungsstelle gilt die durch Verfügung vom 19. Februar 1915 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 43 vom 20. Februar 1915) errichtete Verteilungsstelle.

§ 2. Die Verteilungsstelle bestimmt, welche Mengen von den einzelnen Rohzuckerfabriken an die einzelnen Verbrauchszuckerfabriken zu liefern sind sowie den Zeitpunkt der Lieferung. Hierbei ist einerseits auf die Betriebsweise der einzelnen Verbrauchszuckerfabriken, andererseits auf eine möglichst gleichmäßige Zuteilung an alle Verbrauchszuckerfabriken nach Maßgabe ihrer Bedarfsanteile Rücksicht zu nehmen.

§ 3. Die Verteilungsstelle bestimmt, nach welchen Grundsätzen die verfügbaren Rohzuckermengen den einzelnen Verbrauchszuckerfabriken zugeteilt werden sollen. Auf den tatsächlichen Bedarf, die Wünsche der Beteiligten, die Lage der Fabriken und die festgesetzten Preise ist tunclichst Rücksicht zu nehmen.

§ 4. Die Zuteilung erfolgt nach Maßgabe dieser Verordnung und der von der Verteilungsstelle gegebenen besonderen Weisungen durch die Geschäftsführer.

§ 5. Die Zuckerfabriken sind zur Anzeige der vorhandenen Bestände und der eingetretenen Veränderungen an die Geschäftsführer in dem Umfang verpflichtet, in dem die Verteilungsstelle es zur Durchführung ihrer Aufgabe für erforderlich erachtet.

§ 6. Die Mitglieder, Geschäftsführer und Angestellten der Verteilungsstelle sowie alle zu den Arbeiten der Verteilungsstelle hinzugezogenen Personen sind zur Geheimhaltung aller durch die Verteilungsstelle zu ihrer Kenntnis kommenden Angelegenheiten verpflichtet. Die der Verteilungsstelle gemachten Angaben dürfen nur für die Zwecke der Verteilungsstelle verwandt werden.

§ 7. Die Verteilungsstelle bestimmt auf Grund der §§ 1, 2 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1915/16 den Abgabeanteil der einzelnen Rohzuckerfabriken. Sie kann den Abgabeanteil derjenigen Rohzuckerfabriken, die für andere Fabriken angebaute Rüben verarbeiten, entsprechend der erworbenen Rübenmenge erhöhen.

§ 8. Bedarfsanteil der einzelnen Verbrauchszuckerfabriken ist, sofern nicht eine besondere Bestimmung getroffen ist, die aus ihnen unmittelbar oder mittelbar in 12 aufeinanderfolgenden, aus der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1913 auswählenden Monaten steueramtlich zum Inlandsverbrauch abgesetzte Verbrauchszuckermenge, zuzüglich ihrer versteuerten Vorräte bei Beginn und abzüglich der versteuerten Vorräte am Ende der gewählten 12 Monate.

Bedarfsanteil der dem Verbands Deutscher Zuckerraffinerien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, angehörenden Verbrauchszuckerfabriken ist ihre Beteiligungszahl beim Verbands.

§ 9. Von dem Bedarfsanteil der einzelnen Verbrauchszuckerfabriken werden abgeschrieben diejenigen Mengen Rohzucker und Verbrauchszucker, die mit Beginn des 1. Oktober 1915 im Besitz jeder einzelnen Verbrauchszuckerfabrik sind, abzüglich derjenigen Mengen, die zur Erfüllung solcher Verträge erforderlich sind, die ihrem Inhalt nach bereits vor dem 1. Oktober 1915 erfüllt werden konnten (Rohzucker im Verhältnis von 10 zu 9 auf Verbrauchszucker umgerechnet).

§ 10. Die Bedarfsanteile sind mit Genehmigung der Verteilungsstelle übertragbar.

§ 11. Rüben verarbeitenden Verbrauchszuckerfabriken sind vorab 55 Hundertteile ihrer eigenen voraussichtlichen Gewinnung zuzuteilen.

§ 12. Gegen Anordnungen der Geschäftsführer kann jede Zuckerfabrik, die ein berechtigtes Interesse hat, die Entscheidung der Verteilungsstelle nachsuchen. Das Ersuchen ist an die Geschäftsstelle zu richten.

Gegen Beschlüsse und Entscheidungen der Verteilungsstelle steht den Beteiligten die Beschwerde an den Reichskanzler (Reichsamt des Innern) zu, und zwar gegen Beschlüsse allgemeiner Art jederzeit, gegen Entscheidungen in einzelnen Fällen binnen einer Ausschlussfrist von einer Woche nach Bekanntgabe der Entscheidungen. Beschwerden sind bei der Geschäftsstelle einzulegen.

II. Versendung und Einlagerung des Rohzuckers.

§ 13. Soweit Rohzucker aus den Fabriken Aulam, Alt Rant, Barth, Demmin, Greifenberg, Jarmen, Malchin, Stavenhagen, Teterow nach Stettin oder über Stettin bezogen wird, ist der Käufer verpflichtet, in die bestehenden Frachtverträge dieser Fabriken einzutreten.

§ 14. Rohzuckerfabriken, die zu Wasser zu verladen pflegen, können von der Verteilungsstelle verpflichtet werden, Raffinerien zugeleiteten Rohzucker, der wegen Sperrung der Schifffahrt nicht verladen werden kann, bis zum Anfang der Schifffahrt gegen eine Gebühr von 3 Pfennig für einen Monat und für 50 Kilogramm verpackt zu lagern, soweit sie genügende Lagerräume haben. Die Raffinerie ist verpflichtet, den Zucker gegen Ausbändigung des Lagerfcheins zu bezahlen. Die Rohzuckerfabrik ist verpflichtet, den Zucker bei Ausgang der Schifffahrt ohne weitere Entschädigung zu verladen.

§ 15. Außerhalb des Standortes der Rohzuckerfabrik darf Rohzucker nur mit Einwilligung der Verteilungsstelle eingelagert werden. Anträge sind durch eingeschriebenen Brief oder eingeschriebenes Telegramm zu stellen. Sie gelten als genehmigt, wenn sie nicht binnen einer Woche nach Eingang des Antrags abgelehnt sind.

III. Verkaufs- und Zahlungsbedingungen.

§ 16. Soweit sich nicht aus den bestehenden Verordnungen etwas anderes ergibt, gelten die vor dem 1. August 1914 üblich gewesenen Verkaufs- und Zahlungsbedingungen.

Verbrauchszuckerfabriken, die früher nicht nach den Bedingungen für den Danziger Zuckerhandel Rohzucker zu kaufen pflegten, können verlangen, daß ihnen statt der in den Danziger Bedingungen vorgesehenen Bankgarantie oder Vorausbezahlung Bezahlung gegen Frachtscheindoppelseide gestattet wird. Der Empfänger ist berechtigt, den Frachtschein selbst auszustellen.

§ 17. Bei Lieferung von Verbrauchszucker in Säcken wird berechnet 1,50 Mk. für den Sack von 75 bis 100 Kilogramm, 1,125 Mk. für den Sack von 50 Kilogramm und 0,75 Mk. für den Sack von 25 Kilogramm.

Bei Zucker in Broten und bei Zucker in Blatten wird Papier und Faden als Zucker gewogen und berechnet. Würfelzucker in Kisten wird mit 2 vom Hundert Taraverlust geliefert. Bei anderem Zucker in Kisten und bei Zucker in Fässern werden Reifen, Nägel und Papier als Zucker gewogen und berechnet.

§ 18. Jede Rohzuckerfabrik hat auf Erfordern der Verteilungsstelle für den verteilten und jede Verbrauchszuckerfabrik für den zugeleiteten Rohzucker eine Gebühr von ¼ Pf. für je 50 Kilogramm an den „Verband der Deutschen Zuckerindustrie zu Berlin“ zu zahlen.

Berlin, den 13. September 1915.

Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern).
Im Auftrage: Richter.

Bekanntmachung

betreffend Bestandserhebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen (Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Seide) und daraus hergestellten Web-, Wirk- u. Strickgarnen.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bezw. auf Grund der Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß jede Übertretung — worunter auch verspätete oder unvollständige Meldung fällt —, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, nach § 5 *) der Be-

*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögens-falle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Der Zugelagert erfolgt immerhin 3-9 Tagen.
Gießen, den 23. September 1915.
Großherzogliche Direktion
der Klinik für physische u. nervöse Krankheiten Gießen.
Sommer.
B7844

bei der Verwaltung - eingereichen. Zugelagert
3 Tage.
Gießen, 23. September 1915.
Großh. Direktion der Universitäts-Augenklinik.
3. D.: Dr. Gros.
7617 B

7601. Verkauft 2 dreifache
Niere
ausgeteilt, 80 Br.
prima Tafelbier. Wilb.
Wien II. Nieder-Ostleiden
b. Alsfeld Bahnh. N. O. Nieder
Gießen.
Für sofort
3 Zimmer u. 12 Zimmer
u. Küche, auch autarken, 10.
anrub. Wette zu verm. Näher.
Sellersweg 64 (Sontoch). 1884
naben. Stücken und Stücken
erlernen.
70181 Kleine Wohnung zu
verm. Babuoststraße 62.
Eckensstraße 16.

Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915
(Reichs-Gesetzbl. S. 54) bestraft wird.

§ 1.

Zukunfttreten.

Die Anordnungen dieser Bekanntmachung treten mit der Verkündung am 28. September 1915 in Kraft.

Durch das Inkrafttreten dieser Bekanntmachung werden die Bestimmungen der Bekanntmachungen W. I. 1/6, 15. KRA., betr. Bestandserhebung unverspinnener Schafwollen, W. I. 621/7, 15. KRA., betr. Bestandserhebung von Bastfaseroberstoffen usw., und W. II. 384/7, KRA., betr. Bestandserhebung für Baumwolle und Baumwollergzeugnisse, insoweit aufgehoben, als sie die regelmäßig wiederkehrenden Bestandserhebungen betreffen.

§ 2.

Meldepflicht.

Die von dieser Bekanntmachung betroffenen Personen usw. (meldepflichtige Personen) unterliegen hinsichtlich der von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (meldepflichtige Gegenstände) einer monatlichen Meldepflicht.

§ 3.

Meldepflichtige Gegenstände.

Meldepflichtig sind sämtliche unverarbeitete und in Verarbeitung befindliche Vorräte der nachstehenden näher bezeichneten tierischen und pflanzlichen Spinnstoffe und alle aus diesen tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen hergestellten Webgarne, Wirkgarne und Strickgarne, und zwar in der in den amtlichen Meldeheften vorgezeichneten Einteilung:

Meldeheft 1 1. A) Unverspinnene Schafwollen. (Ungewaschene Wollen, gewaschene, karbonisierte, gefärbte Wollen, Kammszug, Kammlinge, Vollaabgänge mit Ausnahme von Kunstwollen).

B) Webgarne, Trikotgarne, Wirkgarne und Strickgarne aus Wolle und Vollaabgängen mit und ohne Beimischung anderer tierischer oder pflanzlicher Spinnstoffe, einfach oder gezwirnt.

Meldeheft 2 2. A) Rohbaumwolle und Baumwollabfälle (Winters und Kunstbaumwolle ausgeschlossen). Wegen der Meldepflicht von Baumwoll-Lumpen und neuen baumwollenen Stoffabfällen wird auf die Bekanntmachung Nr. W. II. 285/5, 15. KRA., betr. Bestandserhebung und Beschlagnahme für alte Baumwoll-Lumpen und neue baumwollene Stoffabfälle verwiesen.

B) Webgarne, Trikotgarne, Wirkgarne, Strickgarne ganz oder vorwiegend aus Baumwolle, einfach oder gezwirnt.

Meldeheft 3 3. A) Bastfaseroberstoffe, im Stroh (ungeröstet und geröstet), geknickt, gedrahten, gebrochen, gehechelt und als Berg oder spinnfähiger Abfall.

B) Webgarne oder Zwirne, ganz oder teilweise aus Bastfasern hergestellt.

Meldeheft 4 4. A) Rohseide unverspinnene Bourette-Seide (Seidenabfälle).

B) Rohseide Bourette-Webgarne.

Meldepflichtig sind nicht nur die frei erworbenen, sondern auch die von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Kriegsministeriums zugewiesenen Bestände.

Vorräte, die durch Verfügung der Militärbehörden bereits beschlagnahmt worden sind, unterliegen ebenfalls der Meldepflicht. In diesem Falle ist im Meldeheft zu vermerken, daß und durch welche Stelle eine Beschlagnahme erfolgt ist.

Eine Meldepflicht besteht nur, wenn die Gesamtvorräte einer meldepflichtigen Person mindestens betragen bei

1. Wolle (auf gewaschenes Gewicht berechnet) oder Garnen vorwiegend aus Wolle 100 kg.

2. Baumwolle oder Garne, vorwiegend aus Baumwolle, 300 kg.

3. Bastfasern,

a) 100 kg ausgearbeitete Rohstoffe oder Garne oder

b) 500 kg Faserstroh.

4. Bourette-Seide (Seidenabfällen) oder Bourette-Webgarnen 25 kg.

Soweit Gewicht noch nicht festzustellen, ist Schätzung zulässig. Im Meldeheft ist dann anzugeben, daß es sich um Schätzung handelt.

In Verarbeitung befindliche Garne sind nicht zu melden. Ferner sind nicht meldepflichtig Nähgarne, Nähzwirne, Maschinenzwirne, Stid- und Häfelgarne.

Wolle auf dem Felle und ungeschnittenes Bastfaserstroh auf dem Felde ist nicht zu melden.

§ 4.

Meldepflichtige Personen usw.

Zur Meldung verpflichtet sind alle handels- oder gewerbetreibenden natürlichen oder juristischen Personen sowie Gesellschaften, ferner alle Wirtschaftsbetriebe, Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände, die meldepflichtige Gegenstände (§ 3) in Eigentum oder Gewahrsam haben oder bei denen sich solche unter Aufsicht befinden.

Vorräte, die sich am Stichtage (§ 5) nicht im Gewahrsam des Eigentümers befinden, sind sowohl von dem Eigentümer, als auch von demjenigen zu melden, der sie zu dieser Zeit im Gewahrsam hat (Lagerhalter usw.). Die Lagerhalter sind verpflichtet, auch

die für Rechnung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung eingelagerten Bestände zu melden.

Die nach dem Stichtage eintreffenden, vor dem Stichtage aber schon abgeschandten Vorräte sind nur vom Empfänger zu melden. Ist über eine Lieferung eine Meinungsverschiedenheit vorhanden oder ein Rechtsstreit anhängig, so ist neben demjenigen, der die Ware im Gewahrsam hat, derjenige zur Meldung verpflichtet, der sie einem Lagerhalter oder Spediteur zur Verfügung eines anderen übergeben hat.

§ 5.

Stichtag und Meldefrist.

Maßgebend für die Meldepflicht sind die bei Beginn des 1. Tages eines jeden Monats (Stichtag) tatsächlich vorhandenen Bestände. Die Bestände sind in gleicher Weise alle Monate, spätestens bis zum 10. Tage des betr. Monats (Meldefrist) zu melden.

Erstmals ist also Meldung über die bei Beginn des 1. Oktober 1915 vorhandenen Bestände spätestens bis zum 10. Oktober 1915 an das Webstoffmeldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstraße 11, zu erstatten.

§ 6.

Meldehefte.

Die Meldungen haben nur auf den amtlichen Meldeheften (nicht durch Brief) zu erfolgen.

Für die Meldungen sind vier Arten von Meldeheften bei den örtlich zuständigen amtlichen Vertretungen des Handels (Handelskammern usw.) erhältlich und zwar:

Meldeheft 1 für Wolle und Garne vorwiegend aus Wolle,

Meldeheft 2 für Baumwolle u. Garne vorwiegend aus Baumwolle,

Meldeheft 3 für Bastfasern und Garne vorwiegend aus Bastfasern,

Meldeheft 4 für Seidenabfälle und Bourettegarne.

Die Anforderung hat auf einer Postkarte (nicht mit Brief) zu erfolgen, die nichts anderes enthalten darf, als die kurze Anforderung der gewünschten Meldehefte, die deutliche Unterschrift mit genauer Adresse und Firmenstempel.

Sämtliche in den Meldeheften gestellten Fragen sind genau zu beantworten.

Weitere Mitteilungen dürfen die Meldehefte nicht enthalten; auch dürfen bei Einreichung der Meldehefte andere Mitteilungen demselben Briefumschlage nicht beigelegt werden.

Auf einem Meldeheft dürfen nur die Vorräte eines und desselben Eigentümers oder die Bestände einer und derselben Lagerstelle gemeldet werden.

Die Meldehefte sind ordnungsgemäß frankiert an das Webstoffmeldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstr. 11, einzufenden. Auf der Vorderseite der zur Ueberendung von Meldeheften benutzten Briefumschläge ist, je nach dem Inhalt, der Vermerk zu setzen: „Enthält Meldeheft für Wolle, Baumwolle, Bastfasern oder Seide“.

§ 7.

Muster.

Muster der gemeldeten Vorräte sind nur auf besonderes Verlangen dem Webstoffmeldeamt zu überreichen.

§ 8.

Lagerbuch.

Jeder Meldepflichtige hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung der Vorratsmengen meldepflichtiger Gegenstände und ihre Verwendung ersichtlich sein muß. Soweit der Meldepflichtige bereits ein derartiges Lagerbuch führt, braucht er kein besonderes Lagerbuch einzurichten.

Beauftragten der Polizei- oder Militärbehörden ist jederzeit die Prüfung des Lagerbuchs sowie die Besichtigung der Vorratsräume zu gestatten, in denen meldepflichtige Gegenstände zu verorten sind.

§ 9.

Anfragen und Anträge.

Alle Anfragen und Anträge, welche diese Bekanntmachung betreffen, sind an das Webstoffmeldeamt zu richten.

Zur schnelleren Bearbeitung und Erledigung sind für Wolle, für Baumwolle, für Bastfasern und für Seide getrennte Schreiben erforderlich. Die Schreiben müssen auf dem Briefumschlag sowie am Kopfe des Briefes einen Hinweis tragen, ob sie Wolle, Baumwolle, Bastfasern oder Seide betreffen.

Anfragen, die Herstellungs- oder Bearbeitungsverbote vorstehender Spinnstoffe betreffen, sind unmittelbar an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW. 48 — nicht an das Webstoffmeldeamt — zu richten.

Frankfurt (Main), den 28. September 1915.

Stellv. Generalkommando 18. Armee-Korps.

Nachtrags-Verordnung

zu der Bekanntmachung, betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von alten Baumwoll-Lumpen und neuen baumwollenen Stoffabfällen

(W. II. 285/5. 15. R. R. U.).

Nachstehende Anordnungen werden hiermit auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juli 1851 oder Artikel 4 Biffer 2 des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 zur allgemeinen Kenntnis gebracht, mit dem Bemerkten, daß jede Übertretung — worunter auch verspätete oder unvollständige Meldung fällt — auf Grund der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54) bestraft wird.*)

Meldepflicht.

Die Bekanntmachung, betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von alten Baumwoll-Lumpen und neuen baumwollenen Stoffabfällen (W. II. 285/5. 15. R. R. U.), vom 1. Juni 1915 wird dahingehend erweitert, daß die Bestandserhebungen, die nach den Meldebestimmungen (§ 8) zum letzten Male am 1. August unter Einhaltung einer Einreichungsfrist bis zum 15. August zu erstatten waren, nunmehr allmonatlich zu erfolgen haben; die Meldungen müssen für den Stand der Vorräte am ersten eines jeden Monats unter Einhaltung einer Einreichungsfrist bis zum 10. des betreffenden Monats erfolgen.

Meldebeschein.

Die für die Meldung zu benutzenden amtlichen Meldebescheinungen werden auf schriftliches Verlangen von der Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen, Berlin W 35, Lützowstraße 33/36, postfrei versandt. Die Anforderungen von Meldebescheinungen bei der Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen und die Meldungen, die an die Kriegs-Rohstoff-Verteilung (Sektion W. II.) des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Verlängerte Fehde mannstraße 9/10, einzureichen sind, müssen ordnungsgemäß trans-
fiziert sein.

Inkrafttreten.

Vorstehende Anordnungen treten mit ihrer Verkündung am 28. September 1915 in Kraft.

Erläuterung zu der Beschlagnahme.

Als Beschlagnahme unter Klasse 3 der Beschlagnahmeverordnung gilt auch sogenannter Dunkelbuntfärbung, soweit er solche Stücke enthält, die als Mittelbuntfärbung oder Hellbuntfärbung gelten können, ganz gleichgültig ob dieser tatsächlich an Pappefabriken geliefert wird. Bevor der Dunkelbuntfärbung oder Schwarzbuntfärbung an die Pappefabriken zur Ablieferung gelangt, muß der darin enthaltene Mittelbunt- sowie Hellbuntfärbung herausgenommen werden.

Frankfurt (Main), den 28. September 1915.

Stellv. Generalkommando 18. Armee-Korps.

*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unwissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Bekanntmachung.

Betr.: Verkehr mit Brotgetreide und Mehl; hier: Das Hintertorn.
Das Hintertorn d. h. die beim Dreschen und Reinigen des Getreides abfallenden Mengen an zerhacktem und verkleimertem Korn, Unkraut und ähnlichem darf von seinem Besitzer nicht veräußert werden. Die Getreidebesitzer müssen vielmehr das gesamte bei ihnen entfallende Hintertorn dem Kommunalverband häufig überlassen. Es ist in gleicher Weise wie das reine Brotgetreide beschlagnahmt; eine eigenmächtige Verfügung über dasselbe würde gemäß § 9 der Bekanntmachung vom 28. Juni 1915 mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark zu bestrafen sein. Mit dem Anlauf des Hintertorns für den Kommunalverband ist die Firma „Bereinigte Getreidehändler G. m. b. H.“ in Gießen beauftragt. Sie wird es in entsprechende Lagerräume verbringen lassen. Das erworbene Hintertorn muß von dem Kommunalverband verschrotet werden. Das so hergestellte Schrot wird alsdann unter Berücksichtigung der gesamten Viehbestände an die Landwirte des Kreises wieder verkauft werden. Dabei ist vorgeschrieben, daß nur wertloses Hintertorn als solches betrachtet und dieses insgesamt nur höchstens 3 Prozent der Ernteschätzung innerhalb des Kreises betragen darf. Der etwaige Uberschuß muß der Reichsgetreidekasse zur Verfügung gestellt werden. Es nützt daher den Beteiligten nichts, wenn sie durch entsprechende Einstellung der Maschine eine größere Menge Hintertorn zu gewinnen suchen würden.
Der Einkaufspreis für das Hintertorn muß sich ebenso wie der Verkaufspreis für das gewonnene Schrot in einer angemessenen

Grenze unter dem Höchstpreise für das Brotgetreide halten, entsprechend der Minderwertigkeit des Hintertorns im Vergleich zu anderem für den menschlichen Verbrauch bestimmten und geignetem Brotgetreide. Der Verkaufspreis für das Schrot wird von dem Kommunalverband höchstens so bemessen werden, daß er dem Schrotpreis der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidekasse entspricht. Die Preise werden durch besondere Bekanntmachung demnächst veröffentlicht werden.

Gießen, den 24. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Wie oben.

An das Großh. Polizeiamt Gießen sowie an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die vorstehende Bekanntmachung ist wiederholt in ortsüblicher Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Wir empfehlen Ihnen hierbei auf das Nachdrücklichste, die Strafbestimmungen hervorzuheben und für genaue Ueberschauung der Bekanntmachung nötigenfalls unter Zuhilfenahme der Gendarmerie besorgt zu setzen.
Gießen, den 24. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Beschlagnahme, Meldepflicht und Ablieferung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Zinnmisch.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armee-Korps vom 24. I. 1915. (Kreisblatt Nr. 83 vom gleichen Tage) beauftragen wir Sie, die Ihnen inzwischen zugesandten Sonderabdrucke dieser Bekanntmachung sofort in allen Haushaltungen Ihrer Gemeinde zu verteilen und bei dieser Gelegenheit erneut auf die Wichtigkeit gerade der freiwilligen Ablieferung aller auch der zur Zeit vorerst nur beschlagnahmten Metallgegenstände hinzuweisen.

Wir empfehlen Ihnen weiter, bis zum Schlußtage der Sammlung, dem 16. Oktober I. 1915, in jeder Woche mindestens einen Sammeltag abzuhalten.

Was die Ankaufspreise anbelangt, so werden für Metallabfälle und zerbrochene sowie andere Gegenstände, soweit sie nicht in den „Zusätzen“ namentlich aufgeführt sind, nach dem zweitbesten Absatz der Bekanntmachung vom 24. September 1915 geringere Beträge vergütet; sollten Sie derartige Sachen zu den höheren Preisen angenommen haben, so hat Berichtigung und Rückerhebung stattzufinden. Unsere Umdruckverfügung vom 18. I. 1915 hinsichtlich der Metallgemische wird in diesem Sinne hinsichtlich der Preise abgeändert. Beim Erlaß dieser Verfügung waren die niedrigeren Preise uns noch nicht bekannt.

Bei der Wichtigkeit der vorliegenden Sache erwarten wir allgemein, daß Sie die Ihnen obliegenden Arbeiten und Pflichten mit Eifer erfüllen werden.

Gießen, den 27. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Dehler.

Wesentliche Aufforderung.

Betr.: Ermittlung des Ertrags der Kartoffelernte 1915.

Auf Grund der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 54) fordern wir hiermit alle selbständigen Landwirte oder Leiter von landwirtschaftlichen Betrieben, in denen mindestens 1 Morgen (1/4 Hektar) Kartoffelland angebaut wird, auf, den Ertrag ihrer Kartoffelernte so gleich zu ermitteln und innerhalb einer Woche nach Beendigung der Ernte der Großherzoglichen Bürgermeisterei anzugeben. Dabei ist anzugeben, in welcher Art und Weise (Abwiegen oder Schätzen) das Ergebnis ermittelt worden ist.

Abgabe für Schwund und Verderb dürfen nicht vorgenommen werden.

Dagegen ist möglichst genau festzustellen, welcher Teil der Ernte auf kranke oder verdächtige Knollen entfällt.

Wer die Auskunft, zu der auf Grund der angesprochenen gesetzlichen Vorschrift verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unwissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft. Auch können Vorräte, die verschwiegen sind, für den Staat verfallen erklärt werden.

In jeder Gemeinde wird ein Ausschuss von erfahrenen Landwirten gebildet, der die gemachten Angaben nachzuprüfen hat.

Gießen, den 26. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Dehler.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende öffentliche Aufforderung wollen Sie in Ihrer Gemeinde wiederholt auf ortsübliche Weise bekannt machen lassen.

Weitere Verfügung wird Ihnen zugehen.

Gießen, den 26. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Dehler.